



Anzeige



Die Seite kann nicht a



Die Seite kann nicht a

[Nachrichten](#)
[Markt](#)
[Community](#)
[Service](#)
[Programm](#)
[Finder](#)
[Essen&Trinken](#)
Der Tagesspiegel

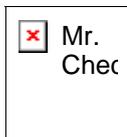
- Tagesinhalt
- Thema des Tages
- Politik
 - Innenpolitik
 - Außenpolitik
 - Politische Literatur
- Dritte Seite
- Meinung
- Berlin
- Brandenburg
- Wirtschaft
- Sport
- Kultur
- Wissen & Forschen
- Interaktiv
- Medien
- Aus aller Welt
- Weltspiegel
- Sonderseiten
- Serien

Archiv

- Tagesspiegel-Suche
- Jahresüberblick
- Rechercheauftrag
- Genios-Archiv

Service

- Anzeigenmarkt
- Abonnement
- Impressum
- Mediadaten


 Nachrichten : Politik : Innenpolitik
 21.03.2001
Bundeswehr**Fehler am Radar****Gericht erkennt Schäden als Wehrdienstfolge an**
Claudia Lepping

In Zusammenhang mit Krebserkrankungen von früheren Radartechnikern der Bundeswehr wächst der Druck auf Bundesverteidigungsminister Scharping. Das Verwaltungsgericht Schleswig gab jetzt der Klage eines schwer kranken 60-jährigen früheren Mechanikers der Marineflieger statt, der seit 1970 ohne Mess- oder Schutzmaßnahmen extremer Röntgenstrahlung ausgesetzt war. Das Bundesverteidigungsministerium verlangt bislang von den erkrankten Männern, ihre persönliche Strahlenbelastung nachzuweisen, um Wehrdienstbeschädigung beantragen zu können. Da die Bundeswehr vor 30 Jahren nicht mit Dosimetern gearbeitet und später nicht alle Dosisabschätzungen veröffentlicht hat, hatten die Betroffenen kaum Chancen. Eine Selbsthilfegruppe vertritt fast 200 Radar-Opfer.

Die Bundeswehr wiederum hatte bei der Universität Witten-Herdecke eine Studie beantragt, die sich auf Unterlagen beruft, die 99 Betroffene bereitgestellt hatten. In dem "Endbericht zum Gutachten über gesundheitliches Risiko beim Betrieb von Radareinrichtungen in der Bundeswehr" heißt es: "Im Resultat kann mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die gesetzlich festgelegten Sicherheitsgrenzwerte für ionisierende Strahlung und auch gepulste Hochfrequenzstrahlung überschritten wurde." Von den 99 Männern sind heute 24 tot und 69 krebskrank. Ein Sprecher des Verteidigungsministers hatte im Februar gegenüber dem Tagesspiegel "Versäumnisse" eingeräumt. Bei der Kieler Staatsanwaltschaft gingen jetzt Strafanzeige und Strafantrag gegen Verteidigungsminister Scharping und andere Ministeriumsmitarbeiter ein. Der Eckernförder Rechtsanwalt Pohl unterstellt ihnen Prozessbetrug, weil die Studie zurückgehalten und "bewusst und wahrheitswidrig behauptet worden" sei, es habe keine Grenzwertüberschreitungen gegeben. Dadurch seien die Betroffenen in den laufenden Verfahren vorsätzlich getäuscht worden.

[Zum Seitenanfang](#)

2001 © Tagesspiegel Online Dienste Verlag GmbH